Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5809**

14. Wahlperiode 04. 04. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Türk, Walter Hirche, Dr. Heinrich L. Kolb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4413 –

Existenzbedrohung des Handwerks unterbinden

A. Problem

Notlage der Handwerksbetriebe wegen ungesetzlicher Handlungen ihrer Hauptauftraggeber. Sicherstellung der Existenz dieser Unternehmen durch Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und Abkürzung der Dauer von Gerichts- und Vollstreckungsverfahren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4413.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/4413 – abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann Vorsitzender	**Christian Lange (Backnang)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Christian Lange (Backnang)

I.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Bundestagsdrucksache 14/4413 – wurde in der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 2001 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 14. März 2001 beraten und empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 14. März 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gefasst.

III.

Im Antrag der Fraktion der F.D.P. wird darauf hingewiesen, dass viele Handwerksbetriebe, insbesondere in Ostdeutschland, durch schlechte Zahlungsmoral, schleppende Gerichtsverfahren, kriminelle Machenschaften oder Fördermittelbetrug in Existenznot geraten sind. Angesichts der Entwicklung der Insolvenzen wird zügige Abhilfe für unabdingbar gehalten. Die Bundesregierung soll daher über den Antrag aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern Vorschläge vorzulegen, wie für kleine und mittlere Unternehmen Härtefallhilfen verbessert ausgestaltet und verschiedene weitere Regelungen praxisnäher im Interesse der Handwerksunternehmen umgestaltet werden können.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 50. Sitzung am 29. März 2001 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 14/4413 zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P und PDS gefasst.

Berlin, den 28. März 2001

Christian Lange (Backnang)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333